

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 150 (1984)
Heft: 4

Rubrik: International

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weissbuch 1983 – Dokument zur Sicherheit in Europa

Seit der Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantischen Bündnis gibt der Bundesminister für Verteidigung im Auftrag der Bundesregierung periodisch «Weissbücher» heraus. Sie enthalten in der Regel Erläuterungen zur Sicherheitspolitik und Darstellungen zur Lage der Bundeswehr. Das «Weissbuch 1983» beschränkt sich, angesichts der hohen Aktualität, auf den sicherheitspolitischen Bereich und widmet ihm 250 Druckseiten, angereichert durch zahlreiche übersichtliche Skizzen und Tabellen. fas

Einführung

Unter dem Motto «Frieden in Freiheit» werden die bestimmenden Ziele der westdeutschen Sicherheitspolitik dokumentiert und erläutert. Kriegsverhütung in Verbindung mit den Alliierten und gleichzeitig Rüstungskontrollverhandlungen. Sicherheitspolitik ist **realistische Friedenspolitik**; Sorge vor politischer Erpressung durch militärische Übermacht ist bestimmender Antrieb. Kritiker vermissen konkrete Aussagen zu den Bereichen der Entspannung und «Sicherheitspartnerschaft», die angeblich in einem früheren Entwurf noch unter Federführung der sozial-liberalen Regierung stärker herausgestellt waren. Jedoch bietet auch der vorliegende Text genügend Optionen in dieser Richtung, **guten Willen auf beiden Seiten** vorausgesetzt. Ohne die sicherheitspolitische Zielsetzung des Buches anzweifeln zu wollen, handelt es sich doch im wesentlichen um eine **Bestandesaufnahme**. Trotz zunehmender Bedrohung besteht gegenwärtig keine Kriegsgefahr in Mitteleuropa, die Verbündeten können ihren Verteidigungsauftrag **noch** erfüllen.

Die Gewährleistung der äusseren Sicherheit hängt auch im Falle der blockfreien Schweiz in hohem Masse von ausgewogenen und stabilen Verhältnissen im geostrategischen Vorfeld ab. Sieht man von der zwar möglichen, aber wenig wahrscheinlich scheinenden Gefahr eines operativ-strategischen luftmobilen Überfalles ab, wendet sich der Blick hin zur eidgenössischen Ostgrenze mit den der Leserschaft hinreichend bekannten Gegeben- und Besonderheiten. Jedoch scheint die Bedrohung der Schweiz von Norden, aus dem süddeutschen Raum

heraus durch einen von Osten nach Westen stossenden Gegner höher und aktueller zu sein (s. Beilage zur ASMZ Nr. 1/1983, «Die operative Bedeutung des süddeutschen Raumes»). Ein Zitat aus den Ausführungen, welches auch die Eidgenossen anspricht:

«Die Nordatlantische Allianz hat den Frieden in Europa seit mehr als drei Jahrzehnten bewahrt. Sie wird ihn, solange sie einig und kraftvoll bleibt, auch in Zukunft bewahren. **Alle Staaten Europas** ziehen Nutzen aus dieser Friedenskraft des westlichen Bündnisses, das auch den **neutralen Ländern** den Rückhalt für ihre Sicherheit bietet.»

Schwerpunktmässige Aussagen

Die sicherheitspolitische Diskussion, hauptsächlich geführt von Regierung und Friedensbewegung, lässt immer wieder Informationsdefizite erkennen, die das «Weissbuch» versachlichend abbauen möchte. Von den vielen ursächlichen Zusammenhängen der sicherheitspolitischen Probleme sind besonders die Verknüpfungen zwischen Friedenssicherung und Friedensgestaltung, zwischen Verhinderung eines Krieges und Erhalt der Freiheit, den politischen Zielen, den strategischen Prinzipien und den militärischen Kräften und Fähigkeiten hervorzuheben. Sie finden ihre Ergänzung in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung, gepaart mit dem Willen zum Ausgleich, Zusammenhänge also zwischen Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit und den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung. Schliesslich ist die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in den siebziger Jahren und die Beurteilung der Probleme aus heutiger Sicht zu bewerten. Unter Berücksichtigung dieser Schwerpunkte gliedert sich das Buch in fünf Hauptkapitel:

- Die Lage der Bundesrepublik Deutschland;
- Die Bedrohung;
- Das Atlantische Bündnis;
- Die Strategie der NATO;
- Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Die wesentlichen Aussagen

Die Sicherheitspolitik ist auf die Erhaltung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit gerichtet und so eine Politik des Friedens. Ziele substantieller Art sind:

- Verhinderung des Krieges;
- Gewährleistung gleicher Sicherheit für alle europäischen Länder auf möglichst niedrigem Rüstungsstand;
- Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Osten wo immer möglich.

Die Verwirklichung der Sicherheitspolitik setzt die Fähigkeit und den Willen zur Verteidigung, die Verankerung im westlichen Bündnis und das Gleichgewicht der Kräfte voraus. Sie muss sich gegenüber der Sowjetunion behaupten, die durch das Streben nach militärischer Überlegenheit die politische Kontrolle über ganz Europa erlangen könnte.

So enthält das Kapitel «Bedrohung» umfangreiche Darstellungen über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zwischen NATO und WP. Es werden aber nicht nur zahlenmässige Vergleiche angestellt, sondern die tiefgreifenden Unterschiede zwischen der **defensiven** Politik und Strategie zur Kriegsverhinderung der NATO und der dynamisch-offensiven sowjetischen Politik sowie

der Kriegsführungsstrategie des WP hervorgehoben. Die Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses folgt der Entwicklung seit 1970, dem Beginn der Entspannungspolitik. Hier werden die tiefgreifenden Veränderungen deutlich, die sich seither vollzogen haben. Wesentliche Ergebnisse sind:

- Die Entwicklung der Sowjetunion von einer Kontinentalmacht zu einer globalen Macht die nach **Überlegenheit** in allen Bereichen strebt;
- Ausbau der nuklearen Überlegenheit in Europa durch die drastische Aufrüstung mit SS-20-Mittelstreckenraketen mit der Gefährdung der nuklearen Abschreckungsfähigkeit der NATO;
- Gesteigerte Überlegenheit des WP bei konventionellen Truppen.

Obwohl gegenwärtig in Europa keine akute Kriegsgefahr besteht, wachsen mit zunehmendem militärischem Übergewicht die Mittel und Möglichkeiten des WP, politischen Druck auf Europa auszuüben und damit die aussenpolitische Handlungsfreiheit, die Unabhängigkeit und Sicherheit der Staaten Westeuropas zu gefährden. Die Bundeswehr trägt wesentlich dazu bei, den Verteidigungsauftrag zu erfüllen. Die Fähigkeit zur konventionellen Verteidigung setzt wegen der starken östlichen Überlegenheit einen hohen Stand von Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung mit grosser personeller und materieller Einsatzbereitschaft voraus. Für das rechtzeitige Herstellen der Verteidigungsbereitschaft kommt es entscheidend darauf an, die verfügbare Warnzeit zielstrebig zu nutzen. Dies gilt besonders für die notwendigen politischen und militärischen Entschlüsse zu Aufmarsch und Verstärkung der alliierten Streitkräfte in Europa einschliesslich der vorgesehenen Truppenverstärkungen aus den USA. Die Faktoren Warnzeit, Truppenpräsenzstärke, Mobilmachung und logistische Unterstützung müssen so abgestimmt werden, dass die grenznahe Verteidigungsbereitschaft mit den verfügbaren Kräften hergestellt ist, bevor ein Angriff beginnt. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Anfangsverteidigung gegen einen Angriff der ersten Staffeln des WP. Dabei wird die Fähigkeit zur erfolgreichen Vorverteidigung letztlich von den verfügbaren personellen und materiellen Reserven bestimmt. Diese sind derzeit **gerade noch ausreichend**, eine weitere Verringerung würde zum Verlust der Verteidigungsfähigkeit führen. Für die Kampfkraft der alliierten Streitkräfte ist eine ausreichende Bevorratung konventioneller Munition und der übrigen Kampfvorräte unerlässlich.

Das Kapitel «Das Atlantische Bündnis» betont die Einbindung und das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis und stellt Vergleiche her. Es erwähnt die gemeinsame Entschlossenheit zur Verteidigung, demonstriert von 392 000 verbündeten Soldaten aus sechs Nationen auf dem Gebiete der Bundesrepublik. Ferner werden die Massnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr auf konventionellem Gebiet, besonders die Nutzung moderner Technologie mit Hilfe der transatlantischen Zusammenarbeit, als wesentliche Aufgaben für die Zukunft hervorgehoben.

Besondere Aktualität kennzeichnet die Ausführungen über «Strategie der NATO». Bekanntlich ist die Verhinderung jedes Krieges das höchste Ziel des Bündnisses. Es kann aber nur bei Wahrung der Fähigkeit und des Willens zur Verteidigung auf der Grundlage eines **gesicherten Gleichgewichtes** der Kräfte erreicht werden, dabei sind Flexibilität und Vorneverteidigung unverzichtbar. Eine kritische Untersuchung von Aufgabe und Funktion, vor allem der konventionellen Kräfte, veranlasste die Bundesregierung zur Entscheidung, diese zu verstärken, ohne jedoch auf die nukleare Komponente der Abschreckung zu verzichten.

Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung stehen im engen Zusammenhang mit der Erhaltung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Westens. Allerdings macht eine Bilanz der Rüstungskontrollpolitik deutlich, dass sich die Erwartungen der siebziger Jahre trotz einigen positiven Ansätzen nicht erfüllten. Aus der Sicht der Bundesregierung ist dafür die Hauptursache das sowjetische Streben nach Überlegenheit und die ungehemmte Rüstung der Sowjetunion gegenüber dem Westen. Die ausführlichen Erläuterungen über den NATO-Doppelbeschluss und die Reduzierung von Mittelstreckenwaffen widerlegen auch die Behauptung, die Pershing II sei eine «Erstschlagwaffe», ebenso wird die Behauptung, die Einführung neuer Raketen mit Reichweiten unter 1000 km auf östlicher Seite, von Waffensystemen, die schon seit Mitte der siebziger Jahre entwickelt und erprobt worden sind und von denen die SS-21 bereits seit 1982 in die Streitkräfte des WP eingefügt wird, sei eine «Antwort auf die Nachrüstung». Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik kann nur zum Erfolg führen, wenn der Westen **entschlossen** bleibt und seine Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit behauptet. Die Regierung der Bundesrepublik strebt innerhalb eines rüstungskontrollpolitischen Gesamtkonzepts, das alle Verhandlungsbereiche einschliesst, konkrete, ausgewogene und nachprüfbar Vereinbarungen an mit dem Ziel: **«Frieden schaffen mit weniger Waffen»**.

Noch aber bleibt die Sicherheitspolitik des Westens durch den Überlegenheitsanspruch und die Überrüstung der Sowjetunion in hohem Masse herausgefordert.

Vereinfachend sind die tiefgreifenden Unterschiede in Politik, Strategie und Rüstung zwischen West und Ost so darzustellen: Die einen schützen uns, die anderen bedrohen uns!

Hartmut Schauer

Frankreich

Der Verteidigungshaushalt Frankreichs

Der französische Verteidigungshaushalt beläuft sich für 1984 auf 142,1 Milliarden Francs und liegt hiermit nur um 6,6 Prozent über dem Vorjahresstand. Die Regierung geht von der Erwartung aus, dass die Inflationsrate 6 Prozent nicht übersteigt. Zusätzlich werden für Renten 28,9 Milliarden Francs zur Verfügung gestellt. Die Regierung ist darum bemüht, die Verwirklichung des Rüstungsprogramms der Armee finanziell zu ermöglichen. Ein Zusatzhaushalt soll für 1983 einen guten Teil der Mehrausgaben

für die Interventionen im Tschad und im Libanon decken.

Für den Unterhalt der Truppen, einschliesslich der Infrastruktur und der Übungen, sind 75,5 Milliarden Francs vorgesehen. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr beläuft sich hierfür nur auf 4,4 Prozent. Es sind daher weitere Einsparungen erforderlich. Die Zahl der in der Armee beschäftigten Personen wird um 8896 verringert werden. Insgesamt sollen **bis 1988 31 500 Posten eingespart werden**. Ein nicht bekannter Teil hiervon entfällt auf Wehrdienstpflichtige. Die für die Rüstung bereitgestellten Mittel steigen dagegen um 9,3 Prozent auf 66,6 Milliarden Francs und die Verpflichtungsermächtigungen um 8,5 Prozent auf 75 Milliarden Francs. Darin wird eine Gewähr für die planmässige Durchführung der Rüstungsprogramme in den kommenden Jahren gesehen. **Mit 21,7 Milliarden Zahlungsermächtigungen und 29 Milliarden Verpflichtungsermächtigungen beansprucht das nukleare Potential einen Drittel der Rüstungskredite**. Die Ausstattung der Atomunterseeboote mit der neuen Mehrsprengkopfrakete ab 1985 gilt als gesichert, ebenso wie die Modernisierung der sieben Atom-bomber Mirage IV für den Einsatz von Luft-Boden-Raketen mittlerer Reichweite. In Auftrag gegeben werden können ferner sechzehn für den Einsatz von Atombomben geeignete Mirage 2000.

Hierzu kommen im konventionellen Bereich 12 Mirage 2000 für die Luftverteidigung, ein atomangetriebenes Angriffsunterseeboot, 5 Minenjagdboote, 15 Kampfhubschrauber zur Panzerbekämpfung, 30 155-mm-Batterien, 91 AMX-30-Panzer und 260 Panzerfahrzeuge. Dieses Auftragsprogramm entspricht ungefähr der Hälfte der im Rüstungsplan für die Jahre 1984 und 1985 vorgesehenen Mengen.

Normal verwirklicht werden soll auch der etappenmässige Aufbau der schnellen Aktionsstreitkraft, die sowohl in Europa als auch in Übersee eingesetzt werden kann. Die vorgesehenen neuen Regimenter sollen vorwiegend aus Berufssoldaten, einschliesslich freiwillig länger dienender Wehrdienstpflichtiger, zusammengesetzt werden. Bis 1988 ist der zusätzliche Einsatz von 5800 Berufssoldaten anstelle der Wehrdienstpflichtigen geplant. 70 Prozent sollen hiervon beschleunigt in den Jahren 1984 und 1985 verpflichtet werden.

Der Rüstungsexport besitzt bekanntlich für das finanzielle Gleichgewicht der französischen Verteidigung erhebliche Bedeutung. Die Verringerung des Auftragseingangs im ersten Halbjahr gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 27 Prozent von 26,4 auf 19,2 Milliarden Francs und hiermit ungefähr auf den Stand von 1981 wird daher als verhältnismässig bedenklich empfunden. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass 1982 aussergewöhnlich gute Ergebnisse erzielt wurden. Auf die Flugzeugindustrie entfielen 16,7 Milliarden Francs (-13 Prozent), auf Rüstungsmaterial für das Heer 2,1 Milliarden Francs (-62 Prozent) und auf die Marine 400 Millionen Francs. 62,5 Prozent gegen 83 Prozent der Aufträge im ganzen Jahr 1982 entfallen auf Nahost und Maghreb, 25,6 Prozent gegen 2,5 Prozent auf Lateinamerika und die Karibik, 7,3 Prozent auf den NATO-Raum, 3,1 Prozent auf Ostasien und schliesslich nur 1 Prozent auf das schwarze Afrika, dessen

Rüstungsanstrengungen recht bescheiden bleiben. Die Steigerung des Anteils Lateinamerikas ist vorwiegend dem Verkauf von 24 Mirage 2000 an Peru zu verdanken. jst.

Schweden

Neue Version der Bofors-RBS-70-Rakete mit verbesserter Leistung

Die Firma **AB Bofors Ordonnance Division** hat eine neue Version der lasergesteuerten Boden-Luft-Rakete RBS 70 auf den Markt gebracht: die RBS 70⁺. Mit dieser technisch verbesserten Raketenversion wird der Aktionsbereich, in dem ein angreifendes Flugzeug abgewehrt werden kann, um 30 bis 50 Prozent vergrössert (Bild 1), ohne dass dabei die hohe Trefferquote des Systems beeinträchtigt wird.

Diese Leistungssteigerung wurde durch Konstruktionsverbesserungen am Laserstrahlempfänger der Rakete erreicht.

Die Tatsache, dass jede Gefechtsinheit jetzt ein beträchtlich grösseres Gebiet verteidigen kann, erhöht nicht nur die Einsatzmöglichkeiten des Systems sondern auch seine Kostenrentabilität.

Die neue RBS 70⁺-Rakete hat dasselbe Gewicht und dieselben Abmessungen wie der ursprüngliche Flugkörper und wird auch von dem selben Richtaufsatzgerät abgefeuert. Die maximale Reichweite beträgt unverändert 5 km.

Die RBS 70⁺ wird in **Panzern** eingesetzt.

Nach den zufriedenstellenden Erfahrungen mit der Rakete RBS 70⁺ hat die schwedische Armee jetzt eine grosse Anzahl seiner Jagdpanzer vom Typ IKV 103 zu Flugabwehr-Raketenfahrzeugen 701 umgerüstet.



Bild 1



Bild 2

Bei dieser Änderung wird das vorhandene Geschütz durch die RBS 70⁺ ersetzt. Eine zentrale Suchradaranlage liefert sowohl Zielanweisungen als auch detaillierte Ziel-
daten.

Eine weitere hochentwickelte Version des Systems kann bei Panzern eingesetzt werden, die über einen auf dem Fahrgestell montierten voll drehbaren Turm verfügen wie zum Beispiel das Modell M113-ARMAD (Armoured Unit Air Defence), (siehe Bild 2). In diesem Panzerturm ist Platz für 7 Raketen. Das System verfügt über ein neu-entwickeltes 3-D-Suchradar mit Gyroskop-stabilisator für Suchaktionen während der Fahrt; es kann Hubschrauber im Schwebeflug bis zu einer Entfernung von 10 km aus-machen.

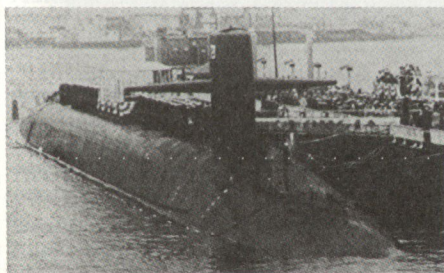
jst

USA

4. Trident-U-Boot in Dienst gestellt

Die amerikanische Marine hat anfangs Februar mit dem Atom-Unterseeboot «Georgia» ihr viertes Kriegsschiff der Trident-Klasse in Dienst gestellt. Die 18 750 Tonnen grosse «Georgia» ist mit 24 Trident-Atomraketen bestückt, deren Mehrfachsprengköpfe zusammengerechnet jeweils die zehnfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe haben.

jst



Jugoslawien

Neue Waffen der jugoslawischen Streitkräfte

Bei den im September durchgeführten Grossmanövern «Einheit 83» der jugoslawischen Volksarmee wurden auch mehrere erst im Laufe der letzten Jahre eingeführte neue Waffentypen eingesetzt. Vor allem muss unter diesen eine modifizierte Version des sowjetischen Kampfpanzers T-72 erwähnt werden, der künftig aufgrund eines Lizenzvertrages angeblich auch in Jugoslawien hergestellt werden soll. Weiterhin kamen bei dem Manöver bisher in Jugoslawien nicht gezeigte sowjetische 122-mm-Panzerhaubitzen des Typs 2S1, MIG-21/Fishbed-Jagdflugzeuge, Mi-8/HIP-C-Mehrzweckhubschrauber sowie SA-6/Gainful-Boden-Luft-Raketen zum Einsatz. Aus der Eigenproduktion nahmen an den Manövern die neuen Schützenpanzer BVP M-80 sowie die gepanzerten Trägerfahrzeuge BOV-1 und BOV-3 teil. BOV-1 ist mit sechs Panzerabwehrraketen des sowjetischen Typs AT-3/Sagger und BOV-3 mit einer Zwillingssflak bestückt. Die meisten an den Manövern benutzten schweren Waffen waren sowjetischen Ursprungs.

Sowjetunion

Bau von SS-20-Stellungen

Die Sowjetunion baut gegenwärtig laut amerikanischen Angaben drei weitere Stützpunkte für insgesamt 27 SS-20-Raketen im mittleren Teil der UdSSR. Die mobilen SS-20 sind mit je drei Atomsprengköpfen bestückt, so dass bei Fertigstellung der Stützpunkte Westeuropa von 81 weiteren Atomsprengköpfen bedroht wird. Bisher sind 243 sowjetische SS-20-Raketen auf Westeuropa und 108 weitere auf asiatische Staaten gerichtet. Dazu kommen mehr als 350 ältere auf Europa gerichtete Raketen. jst

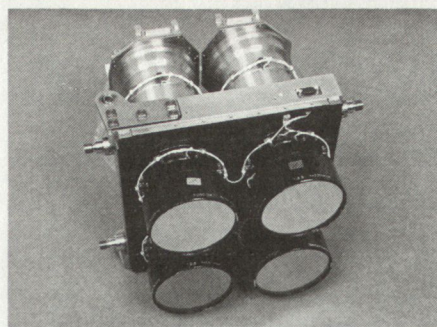
International

Gestochen scharfe Bilder durch den Weltraum-Scanner MOMS

Der Modulare Optoelektronische Multi-spektrale Scanner (MOMS), der von MBB entwickelt und gefertigt wurde, ist das erste hochauflösende Bildaufnahmesystem mit elektronischer Abtastung der Erdoberfläche, das vom Weltraum aus eingesetzt wurde. MOMS hat während seines ersten Welt-
raumfluges an Bord des MBB-Satelliten SPAS-01 vom 18. bis 24. Juni 1983 gestochen scharfe Bilder u. a. von Südamerika aufgenommen.

Auf dem Bild ist die Pazifik-Küste von Südamerika in der Höhe des Grenzverlaufs zwischen Peru und Chile nahe der Stadt Arica in Chile zu sehen. Auf der farbigen Originalaufnahme bestechen die feinen Strukturen einschliesslich der Strassen und Täler. Für die Farbwiedergabe wurden die zwei Farbkanäle mit einem künstlichen dritten Kanal kombiniert, der aus dem Verhältnis der Information beider Kanäle entwickelt wurde.

jst



MOMS-Scanner für Fernerkundung aus Weltraum



Erstes MOMS-01-Bild (Rohdaten): Unser Bild zeigt die Küste Chiles nahe der Stadt Arica mit Anden, aufgenommen von MOMS-01 an Bord des MBB-Satelliten SPAS-01 während der Challenger-Mission (STS-7). Bilddatenverarbeitung: MBB und ZGF, München.

Kurzberichte aus dem WAPA-Raum

Verletzung der schwedischen Hoheitsgewässer

Die schwedischen Hoheitsgewässer wurden von unbekannten U-Booten, bei denen es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um U-Boote der «Baltischen Rotbannerflotte» der sowjetischen Marine handelte, auch im Laufe des Sommers mehrmals verletzt. Das schwedische Oberkommando konnte auf dem Meeresboden Spuren feststellen, die darauf schliessen lassen, dass dabei auch sogenannte Mini-U-Boote eingesetzt waren. Es ist bekannt, dass die sowjetische Marine über Mini-U-Boote der «Sever I»- und «Sever II»-Klasse verfügt. Ihre Besatzung besteht aus fünf Mann. Oft werden diese Boote von einem U-Boot-Mutterschiff in die Nähe des Einsatzplatzes gebracht. Doch konnten diesmal auch solche Spuren gesichert werden, aus denen die schwedischen Stellen darauf schliessen, dass bei der Verletzung der Küstengewässer diesmal mindestens in zwei Fällen auch Meeresboden-Raupenfahrzeuge eingesetzt waren, die zur Durch-

führung spezieller militärischer Aufgaben dienen. Was das Hoheitsgebiet kleiner Staaten betrifft, gilt für die auf ihre Hoheitsrechte so empfindliche Sowjetunion das Völkerrecht allem Anschein nach nicht. Diese Meinung bestätigte indirekt auch der Leiter der Nordamerika-Abteilung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Georgi Arbatow anlässlich eines am 25. April in Washington veranstalteten Seminars: «Es ist für Grossmächte natürlich und selbstverständlich, dass sie ihre militärischen Operationen nach übergeordneten Gesichtspunkten beschliessen.»

Polen

Laut polnischen Quellen ist der Chef des Generalstabs und Stellvertretende Verteidigungsminister, General Florian Siwicki, ein enger Vertrauensmann Marschall Kulikows, zum Nachfolger General Jaruzelskis als Verteidigungsminister vorgesehen. Jaruzelski könnte diesen Posten wegen Überlastung aufgeben.